Barack Obama und Raul Castro bei einer gemeinsamen Pressekonferenz 2016 in Havanna (Foto: Chuck Kennedy, Wikipedia.org, Gemeinfrei)

Kuba und USA: Wie sehen ihre Beziehungen heute aus?

Carlos F. de Cossío, Kubas stellvertretender Außenminister, hat mit Claridad über die Beziehungen zwischen den USA und Kuba und die Aussicht auf Veränderung gesprochen.

Autor: Luis de Jesus Reyes

Luis de JesusReyes ist Autor bei claridadpuertorico.com und schreibt als Korrespondent aus Havanna, Kuba.

Dieser Text wurde zuerst am 10.01.2023 auf www.claridadpuertorico.com unter der URL ‹https://claridadpuertorico.com/donde-estan-hoy-las-relaciones-entre-cuba-y-estados-unidos/› veröffentlicht. Lizenz: Luis de Jesus Reyes, Claridad, CC BY-NC-ND 4.0

Am 20. Januar ist es zwei Jahre her, dass Präsident Joe Biden ins Weiße Haus eingezogen ist, und die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba in einer Art Schwebezustand zu sein scheinen.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, der während seiner Wahlkampagne die kubanisch-amerikanischen Sektoren mit dem Versprechen bezauberte, die Politik seines Vorgängers Donald Trump gegenüber Kuba umzukehren, hat kaum Anzeichen dafür gezeigt, sich in diese Richtung zu bewegen.

Während einige der jüngsten Maßnahmen Washingtons als Auftakt zu einer neuen Beziehung mit der Insel verstanden werden könnten, sind die kubanischen Behörden skeptisch gegenüber einer Regierung, die in den bilateralen Beziehungen ihr Wort bisher nicht gehalten hat.

Claridad sprach mit dem stellvertretenden kubanischen Außenminister Carlos F. de Cossío, um herauszufinden, wie die Beziehungen zwischen den beiden Ländern heute aussehen.

Im Folgenden geben wir unser ausführliches Interview mit dem kubanischen Diplomaten wieder, in dem wir über Themen wie die Blockade und die Sanktionen gegen die Insel, die Ankunft neuer progressiver Regierungen in der Region, die Putschversuche der Rechten und über den Krieg in der Ukraine sprechen.

Claridad (C): Nach einer historischen Annäherung zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten im Jahr 2015, die die feindselige Politik gegenüber der Insel hinter sich gelassen zu haben schien, torpedierte Präsident Donald Trump den Prozess und machte vieles von dem, was

bereits erreicht worden war, wieder rückgängig. Der derzeitige Präsident Joe Biden hat an diesem Szenario nicht viel geändert.
Wo stehen die Beziehungen zwischen Kuba und den USA heute?
Carlos F. de Cossío (CC): Nachdem Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba unternommen worden waren, trat ein Ereignis ein, das alles veränderte: die US-Wahlen 2016. Vor ihrem Amtsantritt kündigte die (damals) neue Regierung an, dass sie die Schritte rückgängig machen würde, die beide Seiten vereinbart hatten, und die es ermöglichten, die Beziehungen zwischen Kuba und den USA zu einer konstruktiveren und respektvolleren Verständigung zwischen den beiden Ländern zu entwickelten.
Im Wahlkampf 2020 versprach Joe Biden seinen Wählern, nicht Kuba, dass er diese Umkehr der Trump-Administration schnell wieder rückgängig machen würde. Zwei Jahre sind seitdem vergangen, ohne dass dies geschehen ist.
Die Biden-Administration wiederholt zwar nicht gerade die Desinformationen oder unehrlichen Behauptungen der Trump-Administration, verfolgt aber im Großen und Ganzen weiterhin die gleiche Politik.
Wir müssen uns daran erinnern, dass die Trump-Administration die Rücknahme der Geschehnisse während der Obama-Regierung mit Anschuldigungen begründete, die haltlos waren, die nicht wahr waren, die aber den Vorwand für die Veränderungen lieferten, die dann tatsächlich stattfanden. [1]

C: Ist Kuba der Meinung, dass die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten heute besser oder schlechter sind als vor der Obama-Regierung?
CC: Heute sind sie schlechter. Denn die Regierung Biden macht dasselbe wie die von Donald Trump; eine Politik, die von seiner Regierung als „maximaler Druck“ bezeichnet wurde. Dies bedeutet, dem kubanischen Volk das Leben so unerträglich wie möglich zu machen, in der Hoffnung, dass dies zum Sturz der Regierung führen wird. Das ist heute die offizielle Politik der Regierung Biden.

Carlos F. de Cossío, stellvertretender Außenminister von Kuba (CC-BY-ND 2.0)

C: Vor einigen Wochen hat die UN-Generalversammlung zum 30. Mal für die Ablehnung der US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Kuba hat bei mehreren Gelegenheiten erklärt, dass die USA in ihrer Politik gegenüber der Insel isoliert sind, und dennoch bleibt die Blockade in Kraft.
Was glauben Sie, warum die Blockade aufrecht erhalten wird?
CC: Wir sagen, dass Washington isoliert ist, weil es so ist. Das ist nichts Neues, die USA sind schon seit 30 Jahren isoliert. Die internationale Gemeinschaft unterstützt die Politik der USA gegenüber Kuba nicht, sie stimmt sogar fast einstimmig dagegen.
Diese Politik hat noch Bestand aufgrund der überwältigenden Macht der USA und wegen der Überzeugung der Politiker in Washington, sie hätten deswegen auch das Recht auf ihrer Seite. Und wenn sie mächtig genug sind, eine Politik des maximalen Drucks zu verfolgen – eine Politik, die gegen die Menschenrechte verstößt, die unmenschlich und unmoralisch ist – dann werden sie dies auch weiterhin tun, nur weil sie die Macht dazu haben.

C: Was muss geschehen, damit die Vereinigten Staaten die Blockadepolitik gegenüber Kuba aufgeben?
CC: Sie müssen verstehen – was ihnen in Washington schwer zu fallen scheint –, dass Kuba außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten liegt, dass Kuba eine unabhängige und souveräne Nation ist und das Recht hat, eine solche zu sein, dass die USA weder das Recht noch die Fähigkeit haben, Kuba zu regieren. Sie haben jedoch immense Macht, das Leben schwer zu machen, sie haben immense Macht, Schaden anzurichten, und sie haben immense Macht, Generationen von Kubanern zu bestrafen.

C: Kürzlich trafen sich kubanische und US-amerikanische Beamte hier in Havanna, um die Einwanderungspolitik zwischen den beiden Ländern zu diskutieren. Es gibt Spekulationen da-rüber, dass die Zustimmung Bidens zur Reise einer Delegation auf die Insel der Beginn einer neuen Beziehung zwischen Havanna und Washington sein könnte. Ähnlich derjenigen, die während der Regierung von Barack Obama bestand.
Sehen Sie das auch so?
CC: Es ist nur natürlich, dass die USA mit Kuba Gespräche über die Migration führen. Wir haben ein Problem zwischen den beiden Ländern. Die USA können es nicht allein lösen, und Kuba kann es nicht allein lösen. Es handelt sich um ein Phänomen, das diskutiert werden muss, das Zusammenarbeit erfordert... dafür gibt es Vereinbarungen. Was ich sagen kann, ist, dass das, was die US-Politik gegenüber Kuba beschreibt, was ihre Politik gegen Kuba am besten definiert, die Wirtschaftsblockade und die Politik des maximalen Drucks ist, die während der Trump-Regierung auferlegt wurde. Das ist nach wie vor das Hauptmerkmal der bilateralen Beziehungen.

C: Aber würden Sie sagen, dass die Regierung Biden Schritte in Richtung einer möglichen Normalisierung der Beziehungen zu Kuba unternimmt?
CC: Das bezweifle ich sehr stark. Es fällt mir schwer zu glauben, dass sich etwas ändern wird, nur weil bestimmte Schritte in Bereichen unternommen werden, die angegangen werden müssen, in Bereichen, die ein Mindestmaß an Zusammenarbeit erfordern. Solange die USA weiterhin Titel III des Helms-Burton-Gesetzes durchsetzen [2], solange sie weiterhin eine Politik betreiben, die auf verlogenen Behauptungen beruht, Kuba sei ein Sponsor

Publiziert auf Free21 am 06.03.2023, 6:00 Uhr

des Terrorismus [3], solange sie weiterhin Regierungen in Lateinamerika, Afrika und anderen Teilen der Welt unter Druck setzen und damit drohen, bilaterale Hilfe zu streichen, wenn sie weiterhin kubanische Ärzte aufnehmen, kann man nicht sagen, dass die US-Regierung irgendwelche Schritte in Richtung einer besseren Beziehung zu Kuba unternimmt.

C: Welche Schritte sollten die USA also unternehmen, damit Kuba sie als eine Normalisierung der Beziehungen in Betracht ziehen kann?
CC: Die Liste wäre sehr lang. Aber derzeit erklärt die US-Regierung nichts und nimmt sich nicht einmal die Zeit oder die Mühe, die Gründe zu erläutern, warum Kuba weiterhin ein staatlicher Sponsor des Terrorismus sei. Das wäre ein wichtiger Schritt.
Es wäre auch ein bedeutender Schritt, wenn er (Biden), wie alle seine Vorgänger außer Trump, von seiner Befugnis Gebrauch machen würde, sicherzustellen dass Titel III des Helms-Burton-Gesetzes vor US-Gerichten keinen Platz für völlig unrechtmäßige Forderungen gegen Kuba hat. Er könnte auch Maßnahmen ergreifen, damit die Kubaner frei von politischem Druck Überweisungen erhalten können.
Ich könnte noch viel mehr sagen, aber es gibt viele Schritte, die er unternehmen könnte, um das kubanische Volk nicht länger zu bestrafen, wie es die derzeitige US-Politik tut.

C: Warum ist Kuba Ihrer Meinung nach kein Land, das den Terrorismus unterstützt?
CC: Weil wir den Terrorismus nicht sponsern, wir unterstützen den Terrorismus nicht, wir finanzieren den Terrorismus nicht, wir sind in der Tat Opfer des Terrorismus.
Ich könnte fragen, mit welchem Recht die USA sagen, dass sie kein Land sind, das den Terrorismus sponsert, wenn sie der Ursprung der meisten Terrorakte sind, die in der ganzen Welt stattgefunden haben, sie eine Agentur haben, die dafür gegründet wurde und Milliarden von Dollar für die Durchführung von Terrorakten gegen viele Regierungen, einschließlich der von Kuba, bereitgestellt hat.

Sitz der US-Botschaft und zwischenzeitlichen Interessenvertretung der USA in Kuba (United States Interests section) in Havannas Stadtteil Vedado. Die Fahnenmasten wurden von den Kubanern zur Amtszeit von George W. Bush aufgestellt, um mit Hilfe von schwarzen Flaggen eine Laufschrift mit „antikubanischer Propaganda" an der Spitze des Gebäudes zu verdecken. Barack Obama ließ diesen Ticker 2009 abschalten; im Gegenzug entfernten die Kubaner die Flaggen. (Foto: Escla, wikipedia.org, CC BY-SA 3.0)

Zurzeit gibt es in den Vereinigten Staaten Personen und Organisationen, die gewalttätige Aktionen in Kuba fördern und finanzieren und sich damit brüsten, dies zu tun. Man sollte meinen, dass dies in den USA illegal sei, aber es wird dennoch von der US-Regierung toleriert, was bedeutet, dass die derzeitige US-Regierung terroristische Handlungen fördert, unterstützt und toleriert.

C: In den letzten Jahren sind in den lateinamerikanischen Ländern neue fortschrittliche Regierungen an die Macht gekommen, und gleichzeitig haben wir neue Putschversuche von rechts erlebt, die alle von den Vereinigten Staaten unterstützt wurden. Was bedeuten diese progressiven Regierungen für die Region und warum haben die USA sie im Visier?
CC: Im Jahr 2023 jährt sich die Monroe-Doktrin zum 200. Mal. Sie wurde von den USA eingeführt, um den [damaligen] europäischen Kolonialmächten zu signalisieren, dass die westliche Hemisphäre ein Gebiet ist, das von den USA beherrscht wird. Das war der Sinn der Monroe-Doktrin, und das ist seither die Politik der USA gegenüber dieser Region geblieben.
Die Vereinigten Staaten glauben, dass sie ein gottgegebenes Recht haben, sich einzumischen und zu bestimmen, was in dem Gebiet geschieht, das sie als ihren „Hinterhof" bezeichnen und das die neue Regierung als ihren „Vorgarten" bezeichnet hat. Lateinamerika und die Karibik sind kein Hinterhof, Vorgarten oder Nebenhof der Vereinigten Staaten, aber in Washington ist man immer noch dieser Meinung.
Wenn es also fortschrittliche Regierungen gibt, die die Interessen der USA bedrohen, indem sie eine Sozialpolitik betreiben, die der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt, wenn sie die Überzeugung der USA bedrohen, weil sie glauben, dass der Reichtum des Landes der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommen sollte, dann bezeichnen die USA diese Regierungen als Extremisten, als Radikale und beginnen, gegen sie vorzugehen.

C: Glauben Sie, dass die Vereinigten Staaten nach dem Scheitern des Amerika-Gipfels ihre Lektion gelernt haben?
CC: Ich glaube nicht, dass sie viel gelernt haben. Denn sie hätten es bereits während des Gipfels von Cartagena im

Jahr 2012 lernen müssen, was sie nicht getan haben. Sie glauben einfach, dass die Menschen in Lateinamerika und der Karibik minderwertig sind, dass ihre Gesellschaften minderwertig sind, dass ihre Regierungen minderwertig sind und dass sie die hegemoniale Fähigkeit haben, die Wünsche der Vereinigten Staaten durchzusetzen.

C: Da wir gerade von anderen Themen sprechen. Kuba hat gesagt, der Krieg in der Ukraine hätte vermieden werden können. Warum glauben Sie, dass er hätte vermieden werden können, und warum wurde das letztendlich nicht gemacht?
CC: Erstens haben wir vom ersten Tag an die Position vertreten, dass es eine friedliche und diplomatische Lösung für dieses große Problem in Europa geben muss. Wir sagen, der Krieg hätte vermieden werden können, weil wir glauben, dass die Vereinigten Staaten eine große Verantwortung dafür tragen, die NATO als Bedrohung an die Grenzen zu Russland vorantreiben.
Und das begann nicht erst im Jahr 2022, es begann nicht einmal im 21. Jahrhundert, das ist die Politik der USA seit mehreren Jahrzehnten, und es ist eine gefährliche Politik. Es war logisch und vorhersehbar, dass Russland eines Tages reagieren würde; und wir sagen, dass es nicht vermieden wurde, weil die ehrgeizigen Ziele der USA, die NATO bis an die russische Grenze voranzutreiben, ein Niveau erreicht haben, das nicht mehr toleriert werden konnte.

In Kuba sind die medizinische Versorgung und das Medizinstudium für alle zugänglich und kostenfrei. Kuba entsendet regelmäßig medizinisches Fachpersonal in andere Länder, wie hier nach Bolivien, und bildet seit 1999 kostenlos Medizinstudenten aus Entwicklungsländern aus. (Foto: Carlos Fiallos, Pixabay.com, Pixabay License)

C: Kuba kämpft seit Jahrzehnten gegen die US-Blockade und hat auch sehr schwierige Zeiten durchgemacht, wie die sogenannte „Sonderperiode". Trotz alledem hat Kuba ein hohes Maß an sozialer Entwicklung erreicht und das sozialistische Projekt als Symbol für den Rest der Welt aufrechterhalten. Was kann die Welt in einer Zeit, in der wir in einen neuen Kalten Krieg einzutreten scheinen, von Kuba lernen?
CC: Erstens haben wir mehr als 100 Jahre lang für unsere Unabhängigkeit gekämpft, und wir haben sie erst im Januar 1959 wirklich erlangt. Seitdem haben wir dafür gekämpft, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Wir haben dafür gekämpft, eine Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit zu schaffen, in der jeder vom Reichtum des Landes profitieren kann. Wir haben dafür gekämpft, unsere Souveränität und unser Recht zu schützen, die Gesellschaft so aufzubauen, wie die Kubaner es wollen. Wir glauben, dass die Widerstandsfähigkeit Kubas, die Entschlossenheit des kubanischen Volkes trotz aller Widrigkeiten und trotz eines unerbittlichen Krieges durch das mächtigste Land der Welt, eine Lehre für die Welt ist. Und ich sage nicht, dass wir unsere Ziele erreicht haben. Natürlich ist unser Land immer noch ein unterentwickeltes Land, immer noch eine Gesellschaft mit vielen wirtschaftlichen Problemen. Und dennoch sind wir ein stabiles und friedliches Land.
Stellen Sie sich irgendein Land vor, das mehr als 60 Jahre lang unter einer Politik des Wirtschaftskriegs der Vereinigten Staaten zu leiden hatte. Und trotz alledem ist es unserem Land gelungen, eine Gesellschaft mit mehr Bildung, Wissenschaftlern und Sportlern aufzubauen, ein Land, das friedlicher und freier von Kriminalität, Drogen, Terrorismus und Gewalt ist als jedes andere Land des Kontinents. [Und das] trotz der Feindseligkeit der USA, die überzeugt davon sind, Kuba zu einem gescheiterten Staat machen können. Und Kuba ist kein gescheiterter Staat.

Quellen:

[1] Im Jahr 2017 beschuldigte die Regierung des damaligen Präsidenten Donald Trump Havanna, hinter einer Reihe angeblicher Schallangriffe auf US-Diplomaten zu stecken, die in der US-Botschaft in Kuba arbeiteten. Beweise für diese Anschuldigungen konnte Washington bisher nicht vorlegen.

[2] Titel III des Helms-Burton-Gesetzes ermächtigt US-Bürger, inländische oder ausländische Unternehmen vor US-Gerichten zu verklagen, die von Eigentum in Kuba profitieren, das ihnen oder ihren Angehörigen vor 1959 gehörte. Das Helms-Burton-Gesetz wurde 1996 erlassen, dann aber von den verschiedenen US-Präsidenten ausgesetzt, bis der damalige Präsident Donald Trump 2019 seine Aktivierung wieder anordnete.

[3] Die Vereinigten Staaten haben Kuba im Januar 2021 erneut auf ihre Liste der Sponsoren des Terrorismus gesetzt. Die Maßnahme behindert die Handelsbeziehungen der Insel mit anderen Ländern und hindert sie weitgehend daran, Transaktionen mit internationalen Banken durchzuführen.

Publiziert auf Free21 am 06.03.2023, 6:00 Uhr